Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 21 (1927)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schen Glieder einer Nationalsynode heisst es: „Wir glauben, dass die Sünde im letzten Grund nicht bloss ein individuelles, sondern ebenso sehr ein soziales Problem ist. Wir glauben, dass eine ungerechte Wirtschaftsordnung, ein widerrechtliches politisches Regime, eine schlimme Behandlung irgend eines menschlichen Wesens oder irgend einer Gruppe von Menschen vor dem gerechten und liebenden Gott nicht bestehen kann.“ Wenn man diese und andere Dinge bedenkt, dann bekommt der Schluss der Geschichte vom Hauptmann von Kapernaum, den man bei uns bezeichnenderweise zur Rechtfertigung des Militarismus missbraucht, einen neuen grossartigen Sinn: „Wahrlich, ich sage euch, viele werden kommen vom Aufgang und Niedergang und mit Abraham, Isaak und Jakob zu Tische sitzen, die Söhne des Reiches aber werden hinausgeworfen in die äusserste Finsternis, wo Heulen und Zähneklappern ist.“ Doch nein, hoffen wir auf einen neuen Aufgang der Herrlichkeit Gottes über uns allen, wenn Osten und Westen ihre besten Gaben auf den Tisch der Einen Menschenfamilie legen.

Eines ist gewiss: ein neuer Tag der Menschengeschichte steigt gerade in diesen Entwicklungen aus der grossen Flut herauf und wir sehen ihn mit unsern Augen. Sehen wir ihn?

11. Februar. L. Ragaz.

Rundschau

Zur Chronik. Die wichtigsten Ereignisse politischer (und wohl nicht nur politischer) Natur haben sich in der letzten Zeit an den Küsten des pazifischen Ozeans abgespielt. Bezeichnender Weise! Auf die Bedeutung dessen, was in China vorgeht, weist der Aufsatz „Zur Weltlage“ hin. Es ist zunächst jedenfalls das Erfreuliche hervorzuheben, dass vorläufig der Ausbruch des Krieges zwischen England und seinen Verbündeten einerseits und China und Russland anderseits verhindert worden ist. Ein Hauptverdienst daran scheint das Eingreifen der englischen Arbeiterschaft zu haben. Bezeichnend war, wie zwischen dieser und dem Aussenminister der Kantonregierung über den Kopf der englischen Regierung hinweg direkte Verhandlungen stattfanden. Möge dieser Faktor — das Eingreifen der Arbeiterschaft überhaupt in die internationalen Konflikte — immer stärker zur Geltung kommen! — Auch die amerikanische Arbeiterschaft hat in den Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten auf der einen und Mexiko und Nicaragua auf der andern eingegriffen, ebenfalls mit Erfolg. Es ist übrigens, wie schon angedeutet worden ist, bedeutsam, dass dieser Konflikt an einem der Ufer des pazifischen Ozeans stattfindet. Denn es handelt sich dabei nicht bloss um das Petroleum — dieses verfluchte Petroleum, möchte man beinahe sagen! — sondern auch um die Landengen von Zentralamerika, die im Ringen mit Japan um die Beherrschung des pazifischen Ozeans und in dem um die Herrschaft über die Welt eine wichtige Rolle spielen. Es darf hier übrigens hervorgehoben werden, dass in den Vereinigten Staaten nicht bloss die Arbeiterschaft, sondern ein grosser Teil der Gesamtbevölkerung, nicht zum wenigsten der Intellektuellen, sich gegen die Politik der Regierung erhoben hat. Nebenbei sei bemerkt, dass in

den Vereinigten Staaten doch auch sonst neben dem Dollar immer wieder das Gewissen zu seinem Rechte kommt. So hat der ehemalige Staatssekretär und hochgeehrte Jurist Elihu Root, als er den Wilson-Preis für Verdienste um eine internationale Rechts- und Friedensordnung erhielt, ihn mit der öffentlichen Erklärung angenommen, dass alle Vermehrung des materiellen Reichtums, dessen sich ein Land rühme, es nicht für den Verlust an ideellen Werten entschädigen könne, den es durch seinen Rückzug vom Werke Wilsons erlitten.

Ueber den Vorgängen in China und Mittelamerika sind die auf den malaischen Inseln nicht zu übersehen. Der Aufstand gegen Holland ist, wenn er auch noch kein grosses Format gewonnen hat, doch auch ein Symptom der unaufhaltsamen panasiatischen Erhebung. Was für eine Rolle mag wohl unser Freund Dowes Decker (der Enkel Multatulis, des Verfassers des „Havelaar", des ersten Aufstandbuches aus jener Welt), mit dem wir während des Krieges, als er in Zürich seinen Doktor machte, so oft über solche Dinge disputiert, in diesen Ereignissen gespielt haben? Ob er überhaupt noch lebt oder in den Kriegswogen untergegangen ist?

Im Zusammenhang mit diesen ostasiatischen und verwandten Vorgängen steht die Konferenz von Odessa, wo die Russen mit Kemal Pascha und Andern zusammengekommen sind, um zu der neuen Lage gemeinsam Stellung zu nehmen. Es zeichnet sich damit der Versuch ab, Asien, auch Afrika, vor allem aber Asien, unter russischer Leitung als eine Art von revolutionärem östlichem Völkerbund gegen den reaktionären westlichen zusammenzufassen. Diese Gefahr scheint mir sehr gross zu sein. Die kurzsichtige Behandlung Chinas durch den Völkerbund hat viel zu ihrer Verstärkung beigetragen. Wie leicht wäre sie zu vermeiden gewesen, aber wie Wilson erklärte: „Es ist bei den Regierungen nirgends etwas von Weisheit und Voraussicht zu bemerken." Diesen Mangel sollen dann Kriegsschiffe und Flugzeuge gut machen.

Wie es die Europäer bei den „Wilden" getrieben haben und sogar noch treiben, zeigen furchtbare Schilderungen, die der schwedische Professor Nordenskiöld von der Art und Weise entwirft, wie im südamerikanischen Urwald der Kautschuk gewonnen wird: Da werden die Indianer wie Wild abgeschossen; da fasst ein Weisser deren Kinder, die ihn durch Geschrei stören, an den Füssen, zerschmettert ihnen den Kopf an einem Stein und wirft sie in den Fluss und so fort! Und da wundert man sich noch, wenn die Adler des Weltgerichts über unsern Häuptern kreisen. (Matth. 24, 28.)

Um nun vom pazifischen Ozean und schwarzen Meer, wie vom südamerikanischen Urwald nach Europa zurückzukehren, so erscheinen die europäischen Probleme im Lichte jener ungeheuren, für die geistige und materielle Existenz unseres Erdteils entscheidenden Entwicklungen sehr klein und kleinlich. Wir verzehren uns im europäischen Bürgerkrieg und inzwischen bereitet sich unser gemeinsamer Untergang vor.

Bei uns in der Schweiz hat der Ungar de Justh für seine an Graf Bethlen verabfolgte Ohrfeige drei Wochen Gefängnis und die Ausweisung aus der Schweiz erhalten. Der Mann hat unsere Landessitten nicht gekannt: wenn man bei uns einen fremden Diplomaten ohrfeigt, so bekommt man Gefängnis und Landesverweisung, wenn man einen totschiesst, wird man freigesprochen. — Mussolini schreitet nun, da die Zuchthäuser gefüllt sind, zur Deportation seiner politischen Gegner fort. Ueber vereiste Gebirge flüchten sie ins Ausland und kommen mit erfrorenen Gliedern bei uns an — aus dem Lande der „neuen Freiheit". Die „Neue Zürcher Zeitung" lässt dafür Mussolini sein Tagewerk erzählen. Wenn man vorher noch gemeint hätte, es stecke hinter dem Manne etwas Geniales, so müsste man nach der Lektüre dieser Darstellung darauf verzichten. Das ist — falls es nicht ein Hohn sein sollte — das Selbstportrait eines bösartigen Philisters, eines reaktionären Robespierres! Sehr bedenklich ist der Umfall gewisser italienischer sozialistischer Gewerkschaftsführer vor dem Faschismus. Ein Memento für Parteigläubige! Mussolini setzt fort-

während den nahen Osten in Erregung. Durch seine nur schwach verschleierte Annexion Albaniens reizt er Jugoslavien aufs äusserste. Auch hier legt sich die Arbeiterschaft ins Zeug. Sie wirkt für eine Balkanförderation und ist immerfort tätig, das aufglimmende Kriegsfeuer zu löschen.

Die Gefahr besteht hier in einem Zusammenwirken türkischen, bulgarischen, ungarischen Nationalismus mit Italien und mit — den Alldeutschen, wobei dann noch die polnische und tschechische Konfliktzone mit in Betracht kommt. Und von hier aus bekommen die deutschen Ereignisse ihre Bedeutung. Denn es sitzen nun in der zehnköpfigen deutschen Regierung mindestens fünf Vertreter des kriegerischen, auf Revanche und neue Weltmacht sinnenden Deutschland. Dabei mag durchaus richtig sein, dass es an sich ganz gut ist, wenn diese Kreise einmal aus dem Hintergrund in den Vordergrund treten und ihr wahres Gesicht zeigen. Vorläufig haben sie sich durch die Verleugnung dessen, womit sie sich bisher immer gebrüstet, heilsam kompromittiert, wie es das Zentrum auf seine Weise auch getan. Inzwischen nennt unser Motta in einer seiner „schönen" Reden Hindenburg, der diese Entwicklung mit Macht herbeiführen half, eine Heldengestalt aus der altgermanischen Sage! Houston Stewart Chamberlain, der Schwiegersohn Richard Wagners, der Verfasser der „Grundlagen des 19. Jahrhunderts" und Hauptapostel eines rassekonfusen Pangermanismus, im übrigen ein Mann von viel Geist und Bildung, auch mit viel edlen Charakterzügen, ist in Bayreuth gestorben, mitten im Fiasko seiner Gedanken.

Zum Schlusse noch einen Blick auf Entwicklungen, die bloss an die Politik grenzen. Die deutschen Vorgänge scheinen stark durch ein Eingreifen der vatikanischen Politik bestimmt worden zu sein. Dieser Faktor wird wohl eine Zeitlang auch immer stärker werden. Der Bund des Zentrums mit den Deutschnationalen hat offenbar den Zweck, konfessionelle Forderungen durchzusetzen, vor allem die konfessionelle Schule. Gleichzeitig soll das Eintreten der päpstlichen Gesandten für Briands Politik, wie die Exkommunikation der Action française einen neuen Einfluss auf die französische Innenpolitik — einen mehr von der äussersten Rechten abrückenden, verheissungsvolleren — schaffen. Also ein Stück von dem Vorstoss der römisch-katholischen Kirche. Wenn dem so ist, so halte ich es für einen Missgriff dieser sonst so klugen Politik. Dann ist sie, die sonst so sehr das Warten versteht, diesmal voreilig gewesen. Denn es hätten ihr ganz andere, viel wertvollere Früchte reifen können. Aber alle Machtpolitik macht blind, auch die Gescheitesten. Wenn die protestantische Kirche an dieser Ernte teilnehmen wollte, würde sie mit in ein Fiasko hineingerissen. Das wird überhaupt das Los all derer sein, die von der heutigen Reaktionszeit profitieren. Es steigen ungeheure Probleme am Horizonte auf, vor denen sie zuschanden werden müssen.

Zur Frage des Anschlusses Oesterreichs an das deutsche Reich ist uns von der österreichischen und der deutschen Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit folgende Kundgebung zugestellt worden:

„Die österreichische und die deutsche Sektion der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit sind der Ueberzeugung, dass der Anschluss Oesterreichs an die deutsche Republik bei aller innigen Freundschaft zwischen den beiden Völkern im gegenwärtigen Augenblick für beide Teile mehr Nachteile als Vorteile zur Folge hat und dass die Art und Weise, wie die Anschlusspolitik betrieben wird, für die Aussenpolitik unheilvoll ist.

Sie halten es für ihre Pflicht, in dieser Zeit, wo sowohl von den Regierungen wie von den Parteien, besonders aber von den chauvinistischen Hetzern mit allen Mitteln Anschlusstimmung propagiert wird, mit ihren Gegengründen hervorzutreten und die Bevölkerung hüben wie drüben zu objektiver Beurteiteilung der Anschlussfrage zu veranlassen.

Sie haben um so mehr Anlass, diese Gegengründe bekannt zu geben, als sie glauben, dass der Anschlusswille durchaus nicht die Meinung des gesamten

Volkes darstellt, sondern dass es unter dem Druck der Parteiorganisationen auf die öffentliche Meinung nur so scheint. Immer und immer wieder hört man von Einzelpersonen in beiden Ländern, dass sie persönlich gegen den Anschluss sind, und da dies kein Zufall sein kann, wird man zu dem Schluss gedrängt, dass die vielen anscheinend spontanen Anschlusskundgebungen nur einer künstlichen Beeinflussung der Volksmeinung entspringen.

Wir Frauen der I. Fr. Fr. Fr. haben stets unsere Ansichten einer Welt von Vorurteilen und Andersgesinnten frei entgegengehalten, ohne Rücksicht auf Augenblicksströmungen und bestechende Opportunitätsgründe.

Der Hauptgrund, mit dem besonders in Oesterreich gearbeitet wurde, besteht in dem Argument, dass Oesterreich den Anschluss an einen grossen Staat zur wirtschaftlichen Sicherung seiner Existenz notwendig braucht.

Wir stellen aber fest, dass die für die wirtschaftlichen Fragen massgebenden industriellen Kreise in beiden Ländern die ernstesten Bedenken gegen den Anschluss haben. In Oesterreich fürchten die Industriellen die deutsche Konkurrenz, während den deutschen wieder die Belastung durch ein materiell nicht gut fundiertes Land Sorge macht. Beiden könnte geholfen werden, wenn alle erdenklichen wirtschaftlichen Erleichterungen durch Verträge und Uebereinkommen ohne einen politischen Anschluss gewährt würden und es wäre auch weitaus klüger, diesen Weg einzuschlagen, als den des politischen Zusammenschlusses, bei dem die Gefahr des Hineingezogenwerdens in aussenpolitische, eventuell kriegerische Verwicklungen immerhin auch berücksichtigt werden muss.

Wir stimmen mit jenen Bestrebungen überein, die mit aller Kraft auf einen europäischen Zollverein, den praktischen Vorläufer der Vereinigten Staaten von Europa, hinarbeiten, wodurch alle Zollgrenzen beseitigt und ein einheitliches Wirtschaftsgebiet über ganz Europa errichtet werden würde. Wir glauben, dass dieser Richtung die Zukunft gehört und dass Oesterreichs wirtschaftliche Kalamität auf diese Art in viel durchgreifenderem Masse behoben werden wird.

Vor allem kulturelle Gründe sprechen gegen den Zusammenschluss von Deutschland und Oesterreich. Zentralisierte Grosstaaten büssen ihre Kultur ein, zwischen ihnen und einem Kulturlande besteht der gleiche Unterschied wie zwischen Fabrikindustrie und Handwerk. Erstere mechanisiert, egalisiert, letzteres behält Charakter und Individualität.

Die ausserpreussischen Staaten im Norden und Süden der deutschen Republik empfinden den Druck des vieljährigen mechanisierenden Grosstaatbetriebes als schwere Schädigung ihrer staatlichen wie kulturellen Entwicklung. Nachdem München-Bayern aus hier nicht zu erörternden Gründen seinen Charakter als Vorort deutscher Kultur eingebüsst hat, ist Wien-Oesterreich deren letztes Asyl. Durch den Anschluss würde es in derselben Weise mechanisiert, bürokratisiert, militarisiert, entpersönlicht, wie alles, was der preussischen Regierungstechnik anheimfällt, von ihr rettungslos verschlungen wird. Das ganze Reich ist diesem Prozess zum Opfer gefallen: Oesterreich allein trägt noch Individualität und Charakter. Vor dem Kriege war München die geistige Heimat aller deutscher Kultursucher. Jetzt ist es Wien und kann es nur bleiben, wenn seine geistige, kulturelle, künstlerische Individualität erhalten bleibt.

Kurz zusammengefasst:

Oesterreichs wirtschaftliche Interessen bedürfen des Zusammenschlusses nicht, das allgemeine deutsche Kulturinteresse verbietet ihn.

Streben wir nach geistigem und wirtschaftlichem Austausch der europäischen Zentralstaaten, aber nicht nach der verheerenden politischen Zentralisierung Deutsch-Oesterreichs.

Oesterreichische Sektion der I. Fr. Fr. Fr., politische Gruppe:
(gez.) Yella Hertzka. Olga Misar.

Deutsche Sektion der I. Fr. Fr. Fr.:
(gez.) Anita Augsburg. Lida Gustava Heymann.

Nachschrift der Redaktion: Dass österreichische und vor allem deutsche Frauen den Mut und die Hochherzigkeit zu einer solchen Stellungnahme haben, die freilich einer wirklich pazifistischen Denkweise entspricht, bedeutet doch ein hocherfreuliches Zeichen.

Nochmals Evangelisch-Sozial und Religiös-Sozial. In mehreren Nummern der „Evangelischen Volkszeitung", des Organs der „Evangelischen Volkspartei", beschäftigt sich einer der Herausgeber, Dr. Otto Meyer, mit dem Verhältnis von „Evangelisch-Sozial" und „Religiös-Sozial", genauer: von Evangelischer Volkspartei und religiös-sozialer Bewegung zu einander. Was diese Artikel auszeichnet, ist ein Ton der Achtung und Sympathie und ein Wille zum Verständnis und zur Verständigung, wie man sie leider nur ganz selten findet. Das ist nun wirklich der Stil, an dem man das Evangelium, nicht bloss einen evangelischen Politiker und Parteimann, erkennt. Mit einem solchen Gegner, der eben nicht bloss Gegner ist, sich auseinanderzusetzen, ist eine Freude.

Herr Dr. Meyer betont vor allem das Uebereinstimmende in unserem Glauben und Wollen, und schon das ist wirklich eine neue Methode. Dieses Uebereinstimmende findet er in der Ueberzeugung, dass die Christuswahrheit in alle Wirklichkeit, auch die politische und wirtschaftliche, eindringen müsse, um sie zu erlösen und dass umgekehrt deren Erlösung nur durch die Christuswahrheit geschehen könne. Diese Uebereinstimmung im Hauptpunkte betrachtet er als wesentlich, die Unterschiede als unwesentlich. Die Unterschiede findet er im religiösen Denken, in der Stellung zum Kriegsproblem und im Verhältnis zum Parteiwesen. Was das religiöse Denken anbetrifft, so scheint ihm, dass wir ob der Erlösung der Welt die des Individuums zu wenig betonten; inbezug auf das Kriegsproblem lehnt er mit Berufung auf die Thesen von Pfarrer Hasler, die wir im Juli/Augustheft 1926 veröffentlicht haben, unsern absoluten „Antimilitarismus" ab; im Punkte des Parteiwesens hält er es für richtiger, wenn sich das Bekenntnis zum Evangelium eine besondere Form in seiner eigenen politischen Partei und gewerkschaftlichen Organisation schaffe, statt, wie er bei den Religiös-Sozialen voraussetzt, der Sozialdemokratie die Aufgabe zu stellen, seine Grundsätze zu verwirklichen, wobei er die Irreligiösität der Sozialdemokratie stark betont.

Diese drei Punkte gäben natürlich zu einer langen Erörterung Anlass. Ich ziehe vor, für diesmal hauptsächlich zu untersuchen, ob diese Unterschiede in der Formulierung, die ihnen Herr Dr. Meyer gibt, wirklich vorhanden sind oder ob vielleicht doch einige Missverständnisse zwischen uns stehen. Denn auch mir ist es mehr um eine Verständigung als um ein Rechtbehalten zu tun. Wo man einander recht versteht, ist man schon nicht mehr sehr weit voneinander, ist jedenfalls einem Gegensatz alles Gift genommen. Im übrigen darf ich wohl vorläufig auf die Auseinandersetzungen über das Thema verweisen, die in den „Neuen Wegen" und noch ausführlicher im „Aufbau" geschehen sind.[1])

Was die religiöse Haltung der beiden Richtungen betrifft, so erblicke ich die Unterschiede weniger in der Sache, als in der Form. Sehr viele von uns Religiös-Sozialen unterscheiden sich in ihrer Stellung zu den „letzten Dingen" nicht von der Mehrheit der Evangelisch-Sozialen. Der Schreiber dieses hat in seinem Blumhardtbuche auch sein eigenes Bekenntnis abgelegt. Was uns trennt, soweit eine solche Trennung wirklich vorhanden ist, das ist mehr die Form oder, wie ich vielleicht richtiger sage, die Methode. Wir legen weniger Gewicht auf die richtige Formulierung des Glaubens als

---

[1]) Ich erinnere auch an meine Abhandlungen: „Unser Sozialismus", „Gottesreich und Politik", „Die Religiös-Sozialen — ein Durchbruchsversuch" in meinem Buche: „Weltreich, Religion und Gottesherrschaft", dazu eine Broschüre mit dem Titel: „Gottesreich und Politik", die bei W. Trösch in Olten erschienen ist.

auf seine Lebendigkeit und trauen Gott ein weites Herz zu. Wir glauben an den lebendigen Gott und sein Reich, glauben an die Offenbarung dieses Gottes und seines Reiches in Jesus Christus, aber wir überlassen die Formulierung wie die innere Ausgestaltung dieses Glaubens jedem Einzelnen, dem Geist der Wahrheit, anders gesagt, Gott selbst. Auch Suchende, ja „Ungläubige" sind uns willkommen, wenn sie mit uns arbeiten und kämpfen wollen. Denn nur Gott selbst weiss, wer wahrhaft gläubig oder ungläubig ist. Der Geist der Wahrheit wird uns in alle Wahrheit leiten.

Auch die Meinung, wir betonten die individuelle Erlösung zu wenig, ist nur mit Einschränkungen richtig. Unsere Aufgabe war in der Tat und bleibt zum Teil noch jetzt, die Einseitigkeit eines Christentums zu bekämpfen, das fast nur eine individuelle Erlösung kennt, aber das bedeutet nicht, dass wir die Notwendigkeit der individuellen Erlösung leugneten oder verkennten: im Gegenteil, wir meinen, dass diese erst dann wieder volle Wahrheit werden könne, wenn auch die Wahrheit der sozialen besser erkannt und verwirklicht sei. Die individuelle Erlösung ist uns sowohl Voraussetzung als Folge der sozialen.

Wenn also, nach meiner Auffassung, in diesem zentralen Punkte der Unterschied nicht genau dort liegt, wo Herr Dr. Meyer ihn sieht, so ist das in Bezug auf die Stellung zum Kriegsproblem so ziemlich der Fall. Immerhin wird auch in dieser Beziehung noch manches Missverständnis aufzuhellen sein. Es ist wohl nicht gesagt, dass die Evangelisch-Sozialen nicht zu einem schärferen Antimilitarismus fortschreiten könnten. Es scheint mir z. B., Herr Dr. Meyer verstehe den Sinn von Matth. 24 nicht richtig, wenn er annimmt (so muss ich ihn verstehen), dass wir nicht „absolute Antimilitaristen" sein dürften, weil es bis zum Kommen des Reiches Gottes Krieg und Kriegsgeschrei geben werde. „Absolute Antimilitaristen" waren die ersten Christen, trotzdem sie auch auf das Reich erst warteten, denn es war ihnen selbstverständlich, dass, wie auch die Welt sich gebärde, doch ein Christ an Krieg und Blutvergiessen nicht teilnehmen dürfe. Im übrigen betone ich nur noch, dass auch wir die Besiegung des Krieges nur vom Kommen Christi erwarten. Dass das nicht Passivität bedeutet, darin werden wir einig sein.

Nicht ganz richtig, ja zum Teil recht falsch versteht Herr Dr. Meyer unser Verhältnis zur Sozialdemokratie. Wenn er z. B. den Satz schreibt: „Die Religiös-Sozialen schildern in kräftiger Sprache das künftige Gottesreich auf Erden, überlassen aber die Durchführung ihrer Pläne einer Partei, die unseres Erachtens nicht willig und fähig dazu ist," so wird jeder Religiös-Soziale darüber den Kopf schütteln. Ich will nicht davon reden, dass wir das künftige Gottesreich nicht zu schildern pflegen, sondern will bloss betonen, dass es uns nie eingefallen ist, von der Sozialdemokratie die Herbeiführung des Reiches Gottes zu erwarten. Diese erwarten wir überhaupt nur von Gott selbst, die Sozialdemokratie, wie der ganze Sozialismus, können dazu höchstens, mit Willen oder gegen ihren Willen, mithelfen. Die religiös-soziale Bewegung ist durchaus nicht an irgend eine Partei gebunden, auch nicht an die sozialdemokratische. Wenn ein Teil von uns (bei weitem nicht alle) ihr angehörten, so hat das bei vielen rein religiöse Gründe: wir wollen auf diese Weise zu denen stehen, die lange genug von den weltlichen Mächten verkürzt und unterdrückt und von den „Christen" als „Zöllner und Sünder" behandelt worden sind. Unsere Beurteilung der Sozialdemokratie ist überhaupt in erster Linie religiöser Natur: wir sehen in ihr, wie im ganzen Sozialismus, das Aufbrechen lange verkannter Gotteswahrheit. Das Aufbrechen dieser Wahrheit ist mit viel Irrtum vermischt, gewiss, aber gerade darum müssen wir sie von uns aus vertreten, so rein als wir können. Jedenfalls hat das Christentum hier eine furchtbare Schuld zu tilgen. Unsere Schuld sind auch die Irrtümer des Sozialismus. Wenn wir auf diese Weise der Sozialdemokratie eine nicht bloss politische, sondern auch, im soeben formulierten Sinne, religiöse Bedeutung beilegen, so ist es doch, wie gesagt, unsere selbstverständliche Ueberzeugung,

dass das Kommen des Reiches Gottes nicht an die Sozialdemokratie, ja nicht einmal an den heutigen Sozialismus, so wichtig dieser sein mag, gebunden ist. Gottes Herrschaft bahnt sich auf vielen Wegen an; alles muss zuletzt ihr dienen, und wir selbst wollen unser Herz für sie recht weit und frei sein lassen.

Darum lehnen wir es ab, das Reich Gottes wieder sozusagen in eine besondere Partei einzuschliessen. Ueber diesen Streitpunkt kommen wir vorläufig nicht hinaus. Ich kann unsere Argumente auch durch Herrn Dr. Meyers Ausführungen nicht widerlegt sehen. Auch das sehe ich durchaus nicht ein, dass mein Vorschlag, die evangelischen Arbeiter sollten sich in besonderen Vereinigungen für ihren Kampf stärken, dann aber in den neutralen Gewerkschaften mitmachen, durch die Erfahrung als undurchführbar erwiesen sei. Wir selbst halten es doch auch so. Manche von uns arbeiten in den sozialdemokratischen Organisationen mit, daneben aber haben wir Gelegenheit, uns in dem, was uns Zentrum und Kraftquelle aller Arbeit ist, mit Gesinnungsgenossen zusammen zu befestigen. Ich sehe auch nicht ein, warum in solchen Vereinigungen nicht auch Gewerkschaftsfragen behandelt werden könnten. Auch wir tun das. Mit der auf solche Weise gewonnenen Klärung könnten dann die evangelischen Arbeiter ihre Sache dort vertreten, wo die legitime, natürliche, fast wagte ich zu sagen, gottgewollte Organisation der Arbeitnehmer ist: in der alle Arbeiter gleichmässig umfassenden Gewerkschaft.

Es wird diesem Standpunkt freilich immer wieder entgegengehalten, die Gewerkschaften seien doch nicht religiös neutral und ebenso wenig die Partei, und man verweist auf allerlei freigeistige Allüren gewisser Sozialisten. Dem halte ich folgendes entgegen. Einmal: Die religiöse Neutralität von Partei und Gewerkschaft ist die Regel, das andere die Ausnahme; man richtet sich aber doch nicht nach der Ausnahme, sondern nach der Regel. Ich darf gestehen, dass ich während meiner vielen und langjährigen Tätigkeit in der Partei nie religiös belästigt worden bin. Ferner: Wenn evangelische oder katholische Arbeiter solche Belästigung erfahren, geschieht es dann nicht vielleicht gerade deswegen, weil sie sich auf falsche Weise absondern, am berechtigten und notwendigen Kampf der andern nicht teilnehmen? Nichts hasst der Arbeiter mehr als Zersplitterung der Bewegung durch religiöse oder andere Sonderorganisationen. Respekt vor dem Christentum und dem evangelischen Mitarbeiter wird er nur auf einem a n d e r n Wege bekommen. Dieser muss tapfer gewagt werden. Glaube ist Wagnis oder er ist nichts. Und der Glaube wächst gerade in der Anfechtung. Endlich: Es gibt innerhalb des Sozialismus eine religiöse Bewegung und eine wachsende religiöse Empfänglichkeit. D a r a u f gilt es zu achten, nicht auf die paar eitlen und leeren Freigeister, welche die Partei und ihre Organe missbrauchen. Das Evangelium von Christus und vom Reiche Gottes will mitten in der Welt als die neue, alles beherrschende Gewalt aufstehen, es will nicht in einen Parteizaun eingeschlossen werden. Es ist meine tiefe Ueberzeugung, dass das, was die Evangelisch-Sozialen wollen, ohne diesen Zaun ungleich stärker würde, wenn auch durch viel Kampf und Verkennung hindurch.

Der Unterschied zwischen den „Evangelischen" und uns besteht also in diesem Punkte darin, dass wir auf der einen Seite zwar eine viel positivere Stellung zur Sozialdemokratie einnehmen, auf der andern Seite aber es ablehnen, eine besondere Partei oder Gewerkschaftsorganisation zur Trägerin des Evangeliums zu machen. Ich könnte noch meinerseits hinzufügen, dass wir Religiös-Sozialen als Konsequenz des Evangeliums nicht bloss Sozialreform, sondern Sozialismus, besser gesagt: nicht bloss eine Verbesserung, sondern eine Umwälzung der bestehenden Ordnungen verkündigen. Zwar wird auch Herr Dr. Meyer, wenn ich ihn recht verstehe, nicht meinen, das sozialreformerische Programm der Evangelischen Volkspartei entspreche dem g a n z e n Sinn des Evangeliums, sondern erklären, es handle sich dabei bloss um Postulate, die v o r l ä u f i g durchsetzbar seien. Wir glauben aber, dass es doch gut

wäre, wenn die Evangelischen den Radikalismus des Evangeliums viel stärker betonten und ihre politisch-sozialen Forderungen bloss als „Minimalprogramm“ hinstellten, und wenn sie weniger oft mit den Bürgerlichen Hand in Hand gingen. Denn bei dieser heutigen Taktik erregen sie fast mit Notwendigkeit den Eindruck, als ob sie bloss ein christlicher Anhang des Bürgertums, ja sogar der Reaktion seien. Ganz sicher werden sie in diesem Punkte entschlossen revidieren müssen, auch wenn vielleicht ihre Berufung mehr „rechts“ wie die unsrige mehr „links“ liegt.

Ich habe dies alles geschrieben, nicht um Recht zu behalten, geschweige denn, um irgend jemanden zu verletzen, sondern um die Artikel von Herrn Dr. Meyer, die in Geist und Ton so vorbildlich sind, nicht ohne Antwort zu lassen. Wir werden ja über diese Dinge weiter reden. Wenn es in dem Geiste geschieht, den jene Artikel atmen, so werden wir uns ganz gewiss immer mehr in der Wahrheit und Liebe zusammenfinden. Dass dies geschehe, bleibt mein innigster Wunsch.

Nachtrag: Inzwischen ist in der „Evangelischen Volkszeitung“ auch eine sehr freundliche Besprechung eines Vortrages über „Christentum und Sozialismus“, den ich im Aargau gehalten, erschienen, freilich auch eine Erwiderung darauf, die kaum eine Ahnung von meinem wirklichen Denken hat.

Politik und Kirche. Mitteilung Nr. 1. Ich habe meine, vorwiegend aus Arbeitern bestehende und 6000 Seelen zählende Gemeinde dreieinviertel Jahre lang ohne jede innere Störung allein geleitet. Bei den letzten Kirchenwahlen ist infolge meiner Friedenspolitik eine Einheitsliste zustande gekommen. Das Gemeindeleben hat sich in der Zeit erfreulich aufwärtsentwickelt, zumal jetzt auch die Gemeinschaftskreise lebhaft mitarbeiteten.

In meinem Bestreben, alle Dinge auch des öffentlichen Lebens in das Licht des Alten und Neuen Testamentes zu stellen, habe ich in der Nummer des „Andern Deutschland“ vom 31. Juli 1926 einen Artikel „Christen im Kriegerverein?“ geschrieben. In demselben versuchte ich aufzuweisen, dass die Absichten der Leitung in Bezug auf Militarismus und Wehrhaftmachung über das hinausgehen, was den Mitgliedern zum Bewusstsein kommt, weil dieses Bewusstsein wesentlich durch die grossen gesellschaftlichen Anforderungen ausgefüllt ist. Dieser Artikel hat zunächst in keiner Weise Aufsehen erregt, obwohl er bekannt war. Dann habe ich am 23. Oktober in einem Briefe an den Reichspostminister gegen die Fridericusmarke Einspruch erhoben, da sie Oesterreich verletzen müsse und da Friedrich ein Feind deutscher Kultur sei. Ich glaubte damit der wahren deutschen Geistigkeit zu dienen.

Der Beweggrund für mich als Pfarrer war in beiden Fällen, dass zwar der Gesamtprotestantismus durch den Stockholmer Fortsetzungsausschuss unter Zustimmung der deutschen Vertreter festgestellt hat, dass der Krieg kein Recht schaffen könne. Wenn dies aber der Fall ist, muss jeder Krieg als Verbrechen erscheinen. Da wir nun alle vergeblich auf den grossen Ruf der Kirche gegen Kriegsverherrlichung und Kriegsvorbereitung warten, glaube ich gegen mein Gewissen und mein Amt zu handeln, wenn ich in diesen Dingen schweigen würde.

Ueber meine beiden Veröffentlichungen erschien in der „Bergischen Zeitung“ vom 27. Oktober ein Artikel in grosser Aufmachung, der in Form und Inhalt gleich minderwertig war und zudem eine ungewöhnlich flache Auffassung des Christentums nicht nur selbst verriet, sondern auch 90% der Christen zuschrieb. Als Beweis ein Satz: „Kein Mitglied dieser Wehrverbände aber, das nicht auch ein überzeugter Christ wäre“ . . . und dann weiter: „Aber es gibt keine Gemeinschaften im deutschen Volk, die so viel Gemeinsames hätten, wie die christlichen Kirchen und die Kriegervereine.“

Sofort nach Erscheinen dieses Artikels wurde ich von der kirchlichen

Aufsichtsbehörde zur Aeusserung aufgefordert.[1]) Gleichzeitig griffen Kreise der Gemeinde, die dem kirchlichen Leben fernstehen, aber anscheinend politisch sehr interessiert sind, die Sache auf, um mit zum Teil gewöhnlichen Mitteln eine Bewegung künstlich zu entfachen, die den Zweck hat, mich in kürzester Frist von meinem Amte zu entfernen. Man greift auch zu den äussersten Mitteln, etwa der Drohung mit Kirchenaustritt, und beweist damit, dass man sich nur in einer Kirche wohlfühlt, in der zwar die Freiheit der Meinungsäusserung in öffentlichen Dingen auf dem Papier gewährleistet ist, sich aber nur in einseitiger Richtung betätigen darf.

Pfarrer Liz. Dr. Hans Hartmann, Solingen-Foche.

Neu-Sonnefelder-Jugend.[2]) (Siedlung, Kinder-Landheim, Jugendherberge; Sonnefeld bei Coburg.) Wir sind elf junge Menschen, darunter ein Ehepaar; schlossen uns vor zwei Jahren zusammen und wollten arbeiten. Wir pachteten zunächst ein abgelegenes Mühlengrundstück mit Landwirtschaft in der Dübener Heide und versuchten, für ganz arme, elternlose Kinder zu schaffen. Einer von uns war Gemeinschaftsprediger und wir alle standen in demselben inneren Ringen wie er, dass alles Reden von Christus in dem neuen Leben umsonst und verwerflich sein muss, wenn nicht die völlige Bereitschaft zum „Tun" damit Schritt hält.

Wir lernten in der russischen Hungersnot zum ersten Mal die bitterste Not gerade der Kinder kennen und wurden innerlich getrieben, alles zu verlassen und hinzugehen und zu helfen. So nahmen wir Not auf uns, um anderer Not zu lindern. Zunächst suchten wir den armen Flüchtlingen beizustehen, bis wir dann siedelten und selbst arme Kinder aufnehmen könnten. Ganz klein fingen wir an. Denn wir hatten keine Mittel. Hart und schwer arbeiteten wir alle, oft über unsere Kräfte, um uns selbst und die Kinder durchzubringen.

Neben der Landwirtschaft hatten wir Korbwerkstatt und Bücherverlag, die Mädels im Winter kunstgewerbliche Handarbeiten usw. Bald richteten wir eine Jugendherberge ein und bekamen einen grösseren Freundeskreis.

Als wir so etwas warm wurden und uns langsam emporarbeiteten, wurde eines Tages das Grundstück verkauft und samt der Dübener Heide das Opfer des Grosskapitals. — So wanderten wir und siedelten an einer andern Stelle. Sonnefeld b. Coburg — der geistige Boden unserer Bewegung — wurde unser Wirkungsplatz. Hier in Sonnefeld hatte einer von uns ein eigenes Häuschen und neun Morgen Land. Wir rissen die Scheune ab und vergrösserten das Haus um mehr als das Doppelte. Wir gewannen dadurch viel Raum und konnten bereits zum Juli ca. 40 Ferienkinder aufnehmen. — Ausserdem bauten wir ein geräumiges Sommerholzhaus (Baracke) in der Nähe des Waldes. Ebenfalls als Erholungsstätte für Ferienkinder aus der Grosstadt. In derselben beherbergten wir von Anfang Mai bis Ende Oktober 60—70 Kinder. Unser Land verwandeln wir eben in einen Obstgarten. Es sind ca. 250 Bäume, 600 Sträucher, 4000 Erdbeeren angepflanzt.

Woher wir die Mittel zum Bau und zur Anlage haben? — Das Haus ist von einem befreundeten Baumeister gebaut, der die Schuld als Sicherheitshypothek eintragen liess und uns Abzahlung gestattet. Das ist günstig für uns und spornt zu produktiver Arbeit an. — Im übrigen haben wir tüchtig zu kämpfen. Wir sind Anfänger. Selbst noch mit allen Schwächen und Mängeln der Jugend behaftet, wollen wir Kindern den Weg zum frohen, glücklichen Leben zeigen.

---

[1]) Dieselbe kann auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden.

[2]) Der folgende Bericht über eine uns verwandte Jugendbewegung und Siedelung dürfte wohl viele unserer Leser interessieren. D. Red.

Durch die Wohlfahrtsbehörden der Grosstädte (Berlin hauptsächlich), haben wir nun 16 Kinder bei uns als Dauerpfleglinge. Zum grössten Teil schwierige Jungen, die zu Hause oder in ihren bisherigen Pflegestellen Dummheiten gemacht haben und eine feste Hand brauchen. Mit diesen Kindern haben wir bisher sehr gute Erfahrungen gemacht und sind immer neu erstaunt, wie gut sie sich bei uns herausmachen. Zunächst erholen sie sich mal von der Grosstadt und schliessen sich dann so herzlich uns an, dass wir die grössten Hoffnungen für die Kinder haben. Einige sind Vollwaisen einige Trinkerkinder. Die Zahl derselben steigt ständig. Augenblicklich sind zwölf Schulpflichtige da. Die Andern sind kleiner. Ausser diesen Dauerkindern sind im Sommer die Ferienkinder zur Erholung bei uns in Gruppen, die alle 6—8 Wochen wechseln, jedesmal ca. 15—30 Kinder. Für diese sowie für die meisten der Dauerpflegekinder bekommen wir ein Pflegegeld. Das ist nicht viel, aber doch so, dass wir das Essen und die Kleidung davon bestreiten.

Die hiesige Schule ist gut. Aber wir empfinden die Beeinflussung nach „der alten Schule" an den Kindern als das ganze Gegenteil unserer Einstellung, und was wir zu Hause mühsam aufbauen, wird dort zum Teil wieder zu nichte gemacht. Zudem sind die Klassen überfüllt und wir gönnten unsern Kindern im Sommer recht gern auch Unterricht im Freien, in welchem sie den Lehrer als ihren Freund und Berater schätzen sollten. So werden wir wohl in allernächster Zeit einen Hauslehrer bekommen, damit die Kinder mehr eine individuelle Erziehung bekommen und reichlich Gymnastik und Reigenspiel von ihnen betrieben wird. Wir denken später einmal an ein Landerziehungsheim.

Ein Anfang für Volkshochschule am Abend für die Dorfbewohner ist bereits gemacht. Räume und Lesezimmer sind dafür da.

Eine reine, gesunde Ernährung, ohne Alkohol und Nikotin sind für uns selbstverständlich. Unser Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit legt für uns das Verhältnis von Mensch zu Mensch fest. Wir lehnen grundsätzlich jede Anwendung der Gewalt und des Blutvergiessens im Menschen- und Völkerleben ab und haben den Glauben, dass gegenseitiges Verstehen Achtung und liebevolle Hilfe die Menschheit höher führen, als es Kampf und Macht vermögen.

Unsere Lebensgemeinschaft hat uns wie von selbst zur Gütergemeinschaft geführt. Politisch gehören wir keiner Partei an. Mit dem Versöhnungsbund, dem wir angeschlossen sind, und den Quäkern arbeiten wir Hand in Hand. Abstinenz, Impfgegnerkampf, Vegetarismus ist uns eine Selbstverständlichkeit.

Unser Leben im Hause ist ein tägliches Neubeginnen. Wir tragen und ertragen und erziehen uns, so viel wir Kraft haben. Und diese wird uns täglich neu geschenkt.

Unser Ziel ist nicht Anstalt, noch Hochkommen im kapitalistischen Sinne, sondern ein schlichtes, frohes, gesundes Familienleben, in welchem auch angekränkelte Kinder Gesundung und Aufstieg finden sollen.

Bern. Infolge Erkrankung der Referenten mussten die im Januarheft der „Neuen Wege" angekündigten Vorträge teilweise verschoben werden. Die drei letzten der Serie finden nun wie folgt statt:

Sonntag, den 27. Februar: Warum muss der Sozialismus demokratisch sein? (Dr. M. Gerwig, Basel.)

Freitag, den 11. März: Wie stellen wir uns eine sozialistische Wirtschaftsordnung vor? (Dr. M. Weber, Bern.)

Sonntag, den 20. März: Was heisst sozialistisch leben? (Prof. Dr. L. Ragaz, Zürich.)

Wir laden die Leser der „Neuen Wege" ein, recht zahlreich die Vorträge zu besuchen.

Der Ausschuss.